

KOMMENTAR

Orchestrierte Kampagne

Die Bundesregierung baut den Sozialstaat um und ab, meint Ulrich Zucht

Über Wochen bestimmte die Debatte um das Bürgergeld die Schlagzeilen. Diese Reform ist nur der erste Schritt einer umfassenden Umgestaltung des Sozialstaats. Das Muster: Statt sachlicher Diskussion macht die Regierungskoalition aus CDU und SPD Stimmung. Sie schürt Ängste, sie verschärft Regeln, gängelt mit härteren Strafen, und sie streicht und kürzt Leistungen, was vor allem die Schwächsten trifft. Oder macht es Kranken schwerer, die sich nicht mehr telefonisch krankmelden sollen. Das waren gerade mal 0,8 Prozent der Patienten.

Die Bundesregierung unter Friedrich Merz (CDU) setzt auf eine Strategie, die an die *Agenda 2010* erinnert. Sie stellt den Sozialstaat als Kostenfaktor dar, obwohl die Zahlen das Gegenteil belegen. Die Sozialleistungsquote liegt mit 31 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im europäischen Mittelfeld und ist nach der Pandemie sogar gesunken. Bei der Rente zeigt sich derselbe Trend. Der Anteil der Ausgaben am BIP ist von 10,4 Prozent (2004) auf 9,4 Prozent (2024) gefallen. Dennoch behauptet Merz & Co, der Sozialstaat sei »nicht mehr finanzierbar«.

Mehr Bürokratie, mehr Strafen für Bezieher von Grundsicherung und höhere Kosten für die Kommunen sind die Folge. Die versprochenen Einsparungen bleiben aus. Egal, das Ziel ist ein anderes. »Es geht darum, gegen die Menschen ganz unten zu hetzen und von den eigentlichen Problemen abzulenken«, sagt die Sozialwissenschaftlerin Eva Völpel von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die Debatte wird bewusst emotional geführt, obwohl der Anteil der sogenannten »Totalverweigerer« extrem niedrig ist. Die meisten seriösen Quellen nennen einen Wert von etwa 0,4 Prozent.

In den kommenden Monaten werden Kommissionen Vorschläge für Rente, Krankenkassen und Pflege vorlegen. Die Richtung ist klar: kürzen und sparen, höhere Zuzahlungen, weniger Leistungen der Krankenkassen. Bei der Rente steht nicht mehr die Frage im Raum, ob sie sicher ist, sondern ob wir künftig bis 70 arbeiten müssen. Und in der Pflege bleiben – trotz Handlungsbedarf – die konkreten Pläne vage.

Das alles, ohne über die Erbschafts- oder eine Reichensteuer zu sprechen. Oder über die so ungleiche Besteuerung von Arbeit und Kapital. Stattdessen stellen gezielte Kampagnen den Sozialstaat als Problem dar, um am Ende Leistungen zu reduzieren.

Azubi-Wohnheim für Bielefeld

Günstige Zimmer für Auszubildende könnten die Wohnungsnot lindern. Bislang steckte die Idee in der Verwaltung fest. Jetzt kommt neuer Schwung in die Angelegenheit.

Von Bernhard Wagner

Knapper Wohnraum und hohe Mieten. Das trifft Einkommensschwache, besonders junge Menschen in Ausbildung. Für Studierende gibt es darum das Studierendenwerk, das günstige Zimmer anbietet. Auszubildende in Industrie, Handwerk oder Dienstleistungsgewerbe befinden sich in einer ähnlichen Situation. Die geringen Vergütungen reichen nicht für teure innerstädtische Mieten und bedarfsgerechte kleine Wohneinheiten sind selten. Anders als Studierende können sie aber nicht auf die Unterstützung eines Studierendenwerks zurückgreifen. Der »Deutsche Ge-

werkschaftsbund« (DGB) fordert darum für Bielefeld ein Azubiwerk und -Wohnheim, wie es sie in anderen Städten, etwa in Bremen, Köln oder Hamburg bereits gibt.

Münchener Vorbild: Günstige Azubi-Wohnungen

Die Bielefelder Gewerkschaftssekretärin Lisa Marie Krätschmer hat sich in München schlau gemacht. Die Stadt München, der Jugendring und die DGB-Jugend haben dort einen Verein gebildet, der das Werk betreibt. Während auf dem freien Markt

Nettokaltemieten von 20 bis 22 Euro pro Quadratmeter üblich sind, kann der Verein Appartements um die 300 Euro warm anbieten. Nutzung von Gemeinschaftsräumen, Beratungsangeboten und Mitbestimmung inclusive. Neben Eigenmitteln können die Initiatoren auf Mittel des Förderprogramms *Junges Wohnen* zurückgreifen und auch die Arbeitgeber beteiligen sich. Die Unternehmen haben ein Interesse an der Unterbringung ihrer Azubis, denn die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt wirkt sich zunehmend negativ auf die Besetzung offener Ausbildungsstellen aus.

Initiative stockt

Über die Initiative des DGB herrscht auch im Stadtrat große Einigkeit. Schon vor zwei Jahren ging ein Auftrag an die Verwaltung, die Realisierung eines Bielefelder Azubi-Wohnheims zu prüfen. Das Ergebnis, das seit Anfang des Jahres vorliegt, ist jedoch dürrig. Die Angelegenheit drohte im Sande zu verlaufen. Seit der letzten Kommunalwahl ist Lisa Marie Krätschmer nun selbst Mitglied im Stadtrat und treibt die Angelegenheit dort voran. »Eile ist schon deshalb geboten, weil das Förderprogramm *Junges Wohnen* in Nordrhein-Westfalen 2027 ausläuft«, sagt die SPD-Politikerin. Wer dann die Regierung bildet und ob das Programm weitergeführt wird, steht in den Sternen.

Im März hat die neue Koalition einen Antrag eingebracht, der die Verwaltung nun auffordert ein Konzept für ein Azubiwerk in Bielefeld zu erarbeiten und »mit hoher Priorität voranzutreiben«.



Keine Rede von gleichen Chancen

Die Risiken, auf eine Förderschule zu kommen, sind ungleich verteilt. Christine Russow

Jungen haben nicht zwangsläufig öfter einen Förderbedarf bei der geistigen Entwicklung. Auch ein niedriges Einkommen und eine Zuwanderungsgeschichte sollten Kinder nicht öfter auf eine Förderschule führen. Zumindest nicht, wenn es einigermaßen bildungsgerecht zugeht. Geht es aber nicht.

Besonders bei den Förderschwerpunkten *Geistige Entwicklung, Lernen und Sprache* sind die Risiken ungleich verteilt. Zum Beispiel zwischen den Geschlechtern: Auf die Bielefelder Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt *Geistige Entwicklung* gehen in der Regel etwa zwei Drittel Jungen. Und im Schulentwicklungsplan der Stadt für Förderschulen ist zu lesen, dass die Förderquoten bei nichtdeutschen Schüler*innen deutlich höher sind als bei

deutschen. Bekannt ist auch, dass in sozial benachteiligten Milieus sonderpädagogischer Unterstützungsbedarf häufiger diagnostiziert wird. So wies eine Studie im Kreis Recklinghausen einen starken Zusammenhang zwischen den Förderquoten in den Schwerpunkten Lernen und Geistige Entwicklung und dem Bezug von Bürgergeld nach.

Natürlich schränkt weder Geschlecht noch kultureller Hintergrund oder Bürgergeld die Kinder ein. Vielmehr haben arme Familie oft nur einen eingeschränkten Zugang zu frühkindlicher Bildung, zu Therapien sowie Unterstützungs- und Bildungsangeboten. Außerdem erhöhen weniger Ressourcen in der Familie das Risiko von Entwicklungshemmnissen. Eine Rolle spielen auch unbewusste Zuschreibungen

des Fachpersonals, das den Förderbedarf diagnostiziert. Das ist eher bereit, Jungen aus armen Familien mit Zuwanderungsgeschichte einen Förderbedarf zu attestieren.

In den Förderschwerpunkten *Geistige Entwicklung, Lernen und Sprache* hat sich das Risiko von Kindern nichtdeutscher Herkunft in den vergangenen sieben Jahren sogar noch erhöht. Der Schulentwicklungsplan kommt denn auch selbstkritisch zu dem Urteil: »Vor diesem Hintergrund muss die Frage gestellt werden, ob im Schulsystem ausreichend Ressourcen für Sprachförderung und integrative Pädagogik zur Verfügung stehen oder ob eine Fehlsteuerung in Richtung Sonder- und Behindertenpädagogik besteht«.

Anzeigen

Raum für Abschied und Erinnerung

Diesmal sind es nicht die Lieblingsblumen der Verstorbenen; es gibt keine Kränze. Auf dem Sarg liegen der rote Hut und das schwarze Samtcape, an der Wand sind mit Wäscheklammern ihre Seidentücher aufgereiht und der Raum duftet zart nach ihrem Parfüm. Die Trauergäste kommen und immer wieder hört man Satzketzen ... Ach, das Tuch habe ich ihr geschenkt ... Das hat sie aus Paris mitgebracht ... Am Ende gehen alle mit einem Seidentuch nach Hause.

Monika Noller
August-Bebel-Str. 30B
33602 Bielefeld
Fon 05 21 / 3 80 22 80
www.noller-ziebell.de

Bestatterinnen
Noller · Ziebell

Partnerinnen der Deutschen Bestattungsvorsorge Treuhand AG

mondo
buchhandlung

elsa-brändström-straße 23
33602 bielefeld
05 21 64 1 63
kontakt@mondo-bielefeld.de

leicht,
flexibel, unabhängig

cambio
CarSharing

CarSharing

Tel. 0521-633 33 | www.cambio-CarSharing.de